



Sportausschuss

8. Sitzung (öffentlich)

28. März 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Axel Wirtz (CDU)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
• Ergebnis.....	1
1 Verschiedenes	1
<u>hier:</u> Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sportwetten	
• Bericht durch StS Karl Peter Brendel (IM).....	1
• Diskussion.....	2

Landtag Nordrhein-Westfalen	- II -	APr 14/160
Sportausschuss		28.03.2006
8. Sitzung (öffentlich)		rß

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

**Einzelplan 03 – Innenministerium
Kapitel 03 500 – Förderung des Sports
Beilage 7 zu Einzelplan 03 – 27. Landessportplan**

Vorlage 14/261

– Anträge und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Diskussion4
- Ergebnis9

Nächste Sitzung: 25. April 20069

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

Einzelplan 03 – Innenministerium
Kapitel 03 500 – Förderung des Sports
Beilage 7 zu Einzelplan 03 – 27. Landessportplan

Vorlage 14/261

– Anträge und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Axel Wirtz merkt vorab an, nunmehr sei auch die 1. Ergänzung der Landesregierung zum Haushalt 2006 dem Parlament zugegangen, die für den Sportbereich allerdings keine unmittelbare Auswirkung habe. Zur Beratung heute lägen ein SPD-Antrag und zwei Anträge der Grünen vor (*siehe Vorlage 14/409*).

Hans-Theodor Peschkes (SPD) zeigt sich zunächst verwundert, dass nach der Sprachlosigkeit von CDU und FDP nun auch eine Schreiblosigkeit festzustellen sei, da keine Anträge von CDU und FDP vorlägen, und ergänzt sodann die im Antrag seiner Fraktion – *siehe Vorlage 14/409 lfd. Nr. 1* – stehende Begründung dahingehend, dass der Antrag auf Erhöhung des Ansatzes für die Förderung der Übungsarbeit in Vereinen maßvoll sei und in die politische Landschaft passe. Wenn es wirklich so schlimm um den Haushalt bestellt sei, wie die Regierungsfaktionen immer betonten, würden diese 1,52 Millionen € die Haushaltslage des Landes auch nicht dramatisch verändern. Damit würde aber bei den Übungsleitern Gutes getan, sofern die Koalitionsfraktionen es schafften, über ihren Schatten zu springen und lediglich den Ansatz des letzten Jahres wiederherzustellen. Die Kürzungen bei der Übungsleiterpauschale beschädigten die Infrastruktur des Sportes. Das sei sehr zu bedauern. Er appelliere daher, dem Antrag der SPD zuzustimmen.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) unterstützt es, dass die Landesregierung im Bereich Kulturförderung gezeigt habe, dass es in diesem Haushalt auch möglich sei, Ansätze an sinnvollen Stellen nicht nur um 20 % pauschal zu kürzen, sondern sie sogar auszuweiten. Umso unverständlicher sei es, dass dieses Verfahren für die wichtige Übungsleiterarbeit nicht ausgedehnt worden sei. Den Ausführungen von Herrn Peschke schließe er sich insoweit an.

Holger Müller (CDU) kündigt für seine Fraktion an, den SPD-Antrag heute abzulehnen, da seine Fraktion die Haushaltssituation noch im Gesamtzusammenhang erörtern müsse.

Christof Rasche (FDP) führt aus, auch die FDP werde diesen Antrag ablehnen. Die Übungsleiterpauschale sei wichtig. Deswegen sei auch ein entsprechender Ansatz im Haushalt vorgesehen. Er innere sich an den Haushalt des Jahres 2004/2005, als der Kollege Vesper damals noch in anderer Funktion eine Null-Position für die Übungsleiterpauschale in den Haushalt eingestellt habe. Insofern sei es mehr als begrüßenswert, dass der Kollege dazugelernt habe und nun wieder für höhere Beträge plädiere. Seinerzeit habe nämlich das Plenum das, was das Ministerium eingebracht habe, wieder gerade rücken müssen. Und das sei gut gewesen.

Allerdings müsse die Koalition die Haushaltsanträge auch im Gesamtkontext betrachten. Zusätzlichen Ausgaben müssten auch verbindliche zusätzliche Einnahmen gegenüberstehen. Man wolle anders als so oft in den vergangenen Jahren auf keinen Fall die Diskussion um mehr Schulden eröffnen, sondern eine vernünftige Finanzpolitik verfolgen. Die Behandlung aller Anträge werde man im Haushalts- und Finanzausschuss erfolgen, wo dann auch welche von der Koalition vorgelegt würden.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) versteht Herrn Rasche, jetzt keine Diskussion um mehr Schulden eröffnen zu wollen, denn im jetzigen Haushalt seien zahlenmäßig mehr Schulden festzustellen, als die vorherige Landesregierung jemals vorgesehen habe.

Bezug nehmend auf die Äußerung von Herrn Rasche zum damaligen Doppelhaushalt erklärt der ehemalige Minister, dass der Ansatz bei der Übungsleiterpauschale mit seiner ausdrücklichen Zustimmung im Ausschuss einstimmig korrigiert worden sei. Nichts anderes erwarte er heute auch von den jetzigen Koalitionsfraktionen, die doch auch immer die Wichtigkeit der Übungsleiterpauschale hervorgehoben hätten. Im Übrigen wäre es interessant zu erfahren, wie die FDP die Ungleichbehandlung von Kultur und Sport im vorliegenden Haushaltsentwurf beurteile.

Rainer Bischoff (SPD) macht Herrn Rasche noch einmal darauf aufmerksam, dass die im Antrag geforderte Erhöhung des Ansatzes auf 7,6 Millionen € genau dem Ansatz von 2005 entspreche. Es gebe bei der SPD also keinen Unterschied in der Haltung zwischen Regierungsverantwortung und Opposition.

Christof Rasche (FDP) erwidert Herrn Vesper, innerhalb von zehn Jahren hätten sich die Schulden von rund 62 Milliarden € auf 112 Milliarden € erhöht hätten. Diese Entwicklung lasse sich nicht von heute auf morgen beenden, sondern man müsse ihr mit einer vernünftigen mittelfristigen Finanzplanung begegnen.

Eben habe er lediglich die Ansätze des damaligen Ministers Vespers bei Einbringung genannt. Insofern sei er mit Herrn Bischoff darin einig, dass die damalige Koalition anders als der Minister bei der Einbringung gehandelt habe. Trotzdem bleibe er dabei, dass im Haushalts- und Finanzausschuss sämtliche Anträge im Gesamtkontext behandelt würden. Dort lasse sich dann auch über den Stellenwert von Kultur, Sport und anderen Bereichen diskutieren.

Bernhard Schemmer (CDU) merkt an, die Haushaltsentwürfe der vergangenen zehn Jahre seien ja wirklich immer super in Ordnung und verfassungskonform gewesen. Er habe aber auch in Erinnerung, dass dabei die eine oder andere Milliarde vergessen worden sei, und am Ende des Jahres habe es regelmäßig ein Defizit von drei oder vier Milliarden gegeben. Hinzu komme noch die schöne Geschichte mit den globalen Minderausgaben, die die Oberparlamentarier dann in den Haushalt geschrieben hätten, weil sie nicht weiter gewusst hätten. Dieser ganze Quatsch sei nun vorbei. Nun würden Haushalte aufgestellt, die am Anfang etwas auswiesen, was am Ende auch herauskomme. Über einzelne Punkte lasse sich sicherlich diskutieren, aber ohne einen konkreten Deckungsvorschlag gehe da nichts, und deswegen lehne seine Fraktion den vorliegenden Antrag ab.

Holger Müller (CDU) sieht niemanden im Ausschuss, der die Wichtigkeit der Übungsleiterpauschale anzweifele, aber auch der Betrag von 7,6 Millionen € habe eine Vorgeschichte; denn es seien früher einmal 11,4 Millionen € gewesen, die auf 9,5 Millionen € gesenkt worden seien. Danach sei der Ansatz auf Null gesenkt und schließlich vom Parlament auf 7,6 Millionen € erhöht worden. Insofern sollte nicht so getan werden, als wenn es in den zurückliegenden Jahren unter der alten Landesregierung nicht schon massive Kürzungen in diesem Bereich gegeben hätte.

Nichtsdestotrotz müsse der Gesamthaushalt beschlossen und verantwortet werden. Dabei liege natürlich die Frage des Machbaren und des Wünschenswerten manchmal in Konkurrenz zueinander.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) meint, wenn Herr Schemmer so tue, als sei das Instrument der globalen Minderausgabe ein Einfall von Rot-Grün, müsse er entgegenhalten, dass in diesem Haushalt die globale Minderausgabe schon von der Regierung mit eingebaut worden sei, und zwar in nicht unbeträchtlicher Höhe. Im Übrigen werde heute nicht über frühere Haushalte, in denen es gelungen sei, den Sporthaushalt insgesamt erheblich zu erweitern – Stichwort: Sportpauschale – verhandelt, sondern darüber, wie man die Bedingungen für den Sport in diesem Haushalt verbessern könne. Angesichts der Verschiebungen durch die erste Ergänzungsvorlage sei klar erkennbar, dass man den Haushalt mit 1,5 Millionen € mehr für die Übungsleiterpauschale – vielleicht könne man sich ja bei der Hälfte einigen – nicht vor die Wand führe. Dass diese Erhöhung möglich wäre, habe er bereits bei seinem eben gemachten Hinweis auf den Kulturretat schon geäußert. Wenn innerhalb der Regierung die Sportfraktion wirklich so stark sei wie die Kulturfraktion, sollte man sich auf eine solche Erhöhung verständigen können. Deshalb bitte er darum, diesem Antrag, den auch seine Fraktion mit einem identischen Antrag unterstütze – *siehe Vorlage 14/409 Lfd. Nr. 2* –, zustimmen oder sich zumindest zu enthalten.

Rainer Bischoff (SPD) geht auf den Vorwurf des Oberparlamentariers von Herrn Schemmer ein und verweist darauf, dass die Haushaltsberatungen die wichtigste Aufgabe des Parlamentes seien. Auf die Kritik von Herrn Rasche habe er eben ein Beispiel gegeben, wie Parlamentarier einen Entwurf der Landesregierung verändert hätten. Insofern verstehe er diese Wortwahl von Herr Schemmer nicht und weise

diesen selbstgerechten Vorwurf entschieden zurück. – Im Übrigen werde seine Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss einen konkreten Deckungsvorschlag unterbreiten, der nämlich über die Einzelpläne hinweg entwickelt werde. Ähnlich habe sich auch Herr Müller eingangs bezüglich des Gesamthaushaltes geäußert.

Walter Kern (CDU) meint als jahrelanger ehemaliger Übungsleiter im Sportbereich, dass die Entscheidung über eine Kürzung in dem Bereich nicht einfach sei. Es sollte aber in dem Zusammenhang deutlich festgehalten, dass der Staat nicht nur die Parlamentarier, sondern auch alle 18 Millionen € Menschen hier in Nordrhein-Westfalen seien. Vor dem Hintergrund einer dermaßen an die Wand gefahrenen Haushaltslage bedeute Gesamtverantwortung, dass nicht nur die Regierung oder die sie tragenden Fraktionen sparen müssten, sondern auch die Opposition und jeder einzelne Bürger. Mitverantwortung, die man nun einklagen müsse, sei nicht eine Frage, was sinnvoll sei oder nicht, sondern Mitverantwortung bedeute, dass bei den bisherigen Qualitäten gekürzt werden müsse, damit in der Zukunft nicht die heutigen Kinder allein dafür zahlen müssten. Deswegen entsprächen die beiden vorliegenden Anträge zu dem Thema nicht dem, was die Zeit gebiete, und deshalb sei sie auch abzulehnen.

Für **Hans-Theodor Peschkes (SPD)** scheint es wohl die viel beschworene fünfte Fraktion im Landtag, die Sportfraktion, nicht mehr zu geben. Da er neu im Landtag sei, habe er sich der Mühe unterzogen, viele Protokolle insbesondere aus der letzten Legislaturperiode zu lesen. Deshalb wundere er sich über die heutige Haltung von CDU und FDP angesichts dessen, was sie seinerzeit gefordert hätten. Offensichtlich seien mit Beginn der neuen Legislaturperiode nicht nur Abgeordnete, sondern es sei offensichtlich auch eine komplette Meinung ausgetauscht worden. Beim letzten Haushalt habe das Parlament gezeigt, wer der Souverän sei. Und diese Souveränität wünschte er sich auch heute bei CDU und FDP. Auf diese Weise könnten die Regierungsfractionen zeigen, dass sie nicht nur der Erfüllungsgehilfe des Finanzministers seien.

Bernhard Recker (CDU) empfiehlt, Ursache und Wirkung nicht zu vertauschen. Diese auch für die Koalitionsfraktionen zum Teil unerträglichen Entscheidungen hingen im Grunde doch mit der Finanzsituation zusammen, die anderes leider nicht mehr hergebe. Dabei habe jeder Bereich seinen Anteil zu tragen. Zutiefst unseriös wäre es, der jungen Generation und auch den Übungsleitern zu sagen, den entsprechenden Ansatz werde wie bisher geben; denn genau diese Generation hätte in vielen Jahren die Erblast zu tragen.

Die Regierungsfractionen gingen mit der Haushaltssituation ehrlich um und träten dafür ein, alle Bereiche bei den Kürzungen einzubeziehen. Er sei da für Klarheit und Wahrheit, auch wenn die Koalitionsfraktionen noch Akzente setzen müssten. Das sollte aber immer nur vor dem Hintergrund der Gesamtverantwortung, die die Regierungsfractionen zu tragen hätten, geschehen. Wenn nun argumentiert werde, die Sportfraktion solle da zusammenhalten, könnte auch jeder andere Ausschuss mit demselben Recht Entsprechendes verlangen. Er bitte also darum, hier ehrlicher zu diskutieren und nicht nur den einzelnen Bereich zu sehen.

Bernhard Schemmer (CDU) meint, auch seine Fraktion wisse, dass der Sport erheblicher Unterstützung bedürfe, und würde die Übungsleiterpauschale nicht nur auf der vorjährigen Höhe bestehen lassen wollen, sondern sie am liebsten dahin bringen, wo sie mal gewesen sei. Doch dies aber schlichtweg nicht mehr finanzierbar.

Sodann geht er noch einmal auf das von ihm in die Diskussion geworfene Stichwort „Oberparlamentarier“ ein und verweist auf die Haltung der SPD-Fraktion im Verkehrsbereich in früheren Jahren, die jedes Jahr die vom damaligen Finanzminister zuvor nach unten gefahrenen Haushaltsansätze wieder nach oben angehoben hätten. Das sei dann als parlamentarische Leistung verkauft worden, die dann auch noch durch die globalen Minderausgaben, die nie erwirtschaftet worden seien, gedeckt worden sei. Auf diese Weise seien die alte Regierung und die sie tragenden Fraktionen stets um 3 Milliarden € schlechter gelandet, als sie startet seien. Und weil diese aufsummierten Schulden heute das Problem darstellten, verfolge die neue Regierung und die sie tragenden Fraktionen, dass dieses zukünftig nicht mehr passiere.

Christof Rasche (FDP) führt zunächst die bereits vom Abgeordneten Müller beschriebene Reduzierung bei der Übungsleiterpauschale seitens der früheren Regierungskoalition an und verweist noch einmal auf den deutlichen Unterschied zur Finanzpolitik der neuen Koalition hin. Wenn die Oppositionsfraktionen argumentierten, die zusätzlichen 1,5 Millionen € machten den Kohl bei der Verschuldung auch nicht fett, dann seien dies zusammen mit Forderungen aus anderen Ausschüssen mehrere Millionen Euro, und am Ende gehe die Schuldenpolitik der vergangenen Jahre weiter. Genau diese Vorgehensweise sehe man im Grundsatz anders. Daher werde man in den Haushaltsberatungen auch dieses Fass von noch mehr Schulden mehr nicht aufmachen. Insofern wäre er dankbar, wenn das auch die Unterstützung von SPD und Grünen fände.

Birgit Fischer (SPD) greift das Stichwort „Gesamtverantwortung“ auf und sieht die SPD-Fraktion bezüglich der Anträge ihrer Fraktionen auch in einer Gesamtverantwortung in der Opposition. Trotzdem trete man für einen anderen Haushalt ein, für den man selbstverständlich noch Deckungsvorschläge unterbreite. Sie verstehe das Argument, dass die Koalitionsfraktionen, solange Deckungsvorschläge nicht vorlägen, den Anträgen nicht zustimmen könnten. Daher wäre zu fragen, ob man den vorliegenden Anträgen im Fachausschuss nicht zustimmte und sich so für die Entscheidung im Haushalts- und Finanzausschuss eine Option offen lasse.

Die SPD-Fraktion habe den Antrag zur Übungsleiterpauschale gestellt, weil es ihr um die Förderung von ehrenamtlichem Engagement gehe. Der Sportbereich lebe nun einmal sehr stark vom Ehrenamt. Es sei bekannt, dass die Gesamtverantwortung in der Gesellschaft nur gestärkt werden könne, wenn man es auch entsprechende Rahmenbedingungen für das Ehrenamt gebe. Genau dies leiste die Übungsleiterpauschale. Sie glaube, dass jede Investition in diesem Bereich eine ausgesprochen gute Investition für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sei und in diesem Fall auch für den Sportbereich.

Beim Blick auf den Gesamthaushalt sollte in der Diskussion nicht vergessen werden, dass es sich beim vorliegenden Haushalt nicht um einen Sparhaushalt handele, in dem alle einen Beitrag leisteten, sondern es unter dem Strich zu Mehrausgaben komme. Es finde also klar eine Umverteilung statt. So werde beispielsweise Geld bei den Übungsleiterpauschalen abgezogen und an anderer Stelle wiederum eingesetzt. Diesen Switch halte ihre Fraktion an dieser Stelle auf jeden Fall für falsch. Und das sei die Begründung für den Antrag, über den nun in der Sache entschieden werden sollte.

Der **Ausschuss** lehnt sodann den Antrag der Fraktion der SPD – siehe Vorlage 14/409 lfd. Nr. 1 – und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – siehe Vorlage 14/409 lfd. Nr. 2 – jeweils mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab. Mit dem gleichen Stimmverhalten lehnt der Ausschuss ebenfalls den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – lfd. Nr. 3 derselben Vorlage – ab.

Sodann nimmt der **Ausschuss** die den Sport betreffenden Teile des Einzelplans 03 – Innenministerium; Kapitel 03 500, Förderung des Sports, und den 27. Landessportplan – mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unverändert an.

Nächste Sitzung: 25. April 2006

gez. A. Wirtz
Vorsitzender

rß/12.05.2006/18.05.2006

159